

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM. einschließlich Postzinsen
Anzeigen: Die vierseitige 65 mm breite Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite Reklame- oder Eingangszeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei zwangsweiser Einbringung erlischt der Anspruch auf etw. Wiederholungsnachsch.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Ortschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Druck und Verlag: F. A. Kungisch, Altenberg — Verantwortliche Schriftleitung: Flora Kungisch, Altenberg — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheck Dresden 11811 — Giro Altenberg 11

Nr. 134

Sonnabend, den 12. November 1932

67. Jahrgang

Sonntag wieder Wahltag

Es geht um das Wohl der eigenen Gemeinde. Jede Stimme ist wichtig und kann u. U. einen Sitz bedeuten. Deshalb keine Wahlmüdigkeit! Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Braun beschwert sich in der Reichsratsitzung

In der mit Spannung erwarteten Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag gab der Vertreter der alten preußischen Staatsregierung Ministerialdirektor Dr. Brecht vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung ab. Darin jagt er, die preußische Regierung habe eigentlich die Vorgänge zwischen Reich und Preußen mit Stillschweigen übergehen wollen. Aber es sei bisher leider noch nicht gelungen, eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten zu finden. Das Urteil des Staatsgerichtshofes müsse loyal durchgeführt werden. Die Reichsregierung habe aber das Urteil nicht durchgeführt. Die Reichskommissare bezeichneten sich weiter als Regierung und als Minister. Sie versagten der alten Staatsregierung die Wiedereinsetzung in ihre Ämter. Dadurch würden die Rechte der Länder berührt, und die preußische Regierung gebe daher dem Reichsrat von diesen Vorgängen Kenntnis. Die Behandlung der preußischen Regierung durch die Reichsregierung sei eine schlechte Vorbereitung auf die Reichsreform.

Der Reichsinnenminister erwiderte darauf, daß er den preußischen Standpunkt nicht teilen könne, und daß man alles tue, um das Urteil loyal zu vollstrecken. Bayern gab eine etwas ausweichendere Erklärung ab. Der württembergische Vertreter versuchte sich noch weiter zu distanzieren und sich aus dem Streit herauszuhalten. Sachsen erklärte, es wünsche keine Vertiefung der Streitlage in öffentlicher Reichsratsitzung, um so weniger, als ja am Sonnabend das ganze Problem innerhalb der Reichsratsausschüsse und im Zusammenhang mit den Besprechungen des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder ausführlich behandelt werden wird.

12 Tote bei den Genfer Kämpfen kommunistisch-sozialistische Verbrüderung

Die blutigen Zusammenstöße in Genf am Mittwochabend, über die wir bereits berichteten, haben 12 Todesopfer gefordert. 65 Verwundete, darunter Schwerverletzte, wurden in die Krankenhäuser eingeliefert. Der Führer der Genfer Sozialisten, Nicol, ist wegen Aufforderung zum Aufruhr verhaftet worden. Wegen die beiden flüchtigen kommunistischen Führer Lebet und Tronchet ist ebenfalls Haftbefehl erlassen worden.

Zwischen der bürgerlichen Union nationale und den marxistischen Gruppen in Genf bestanden schon seit längerer Zeit starke Spannungen, und so kam es nach einer großen bürgerlichen Versammlung am Mittwochabend trotz Absperremaßnahmen der Polizei auf den Straßen zu den blutigen Tumulten. Der Sozialistenführer Nicol hielt eine Ansprache an die Massen, in der er zur Weltrevolution aufrief. Der kommunistische Führer Lebet ließ die Sowjetrepublik hochleben und erklärte, es gebe heute keine Trennung mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten. Da die Lage immer bedrohlicher wurde, rückte Militär mit Maschinengewehren an und schoß scharf. Dabei wurden zahlreiche Unbeteiligte verletzt, auch zwei Krankenträger wurden getötet.

Der Donnerstag verlief in Genf ruhig. Die Schweizerischen Truppen sind durch den Beschluß des Bundesrates auf Alarmbereitschaft gesetzt. Man erwartet, daß heute Sonnabend, dem Beerdigungstag der Genfer Opfer, ein Generalstreik ausbricht.

Der Auftrag Hindenburgs an Papen

Bildung der nationalen Konzentration durch Verhandlungen mit den Parteien

Amlich wird mitgeteilt: „Reichspräsident v. Hindenburg nahm am Donnerstag den Vortrag des Reichskanzlers v. Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung v. Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechung mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.“

Im vorstehenden amtlichen Bericht ist die Feststellung wichtig, daß die Parteiführer gefragt werden sollen, inwieweit sie gewillt sind, die Durchführung des Regierungsprogramms zu unterstützen. Damit ist für die Besprechungen ein genauer Rahmen gezogen, und das Regierungsprogramm wird von vornherein als eine feststehende Tatsache angesprochen, auf deren Grundlage sich die Verhandlungen abzuspielen haben. Es handelt sich also um die klare Fragestellung nach der Haltung, die die Parteien gegenüber dem Regierungsprogramm einnehmen, und um das ebenso klare Ziel einer nationalen Konzentration auf dem Boden des Regierungsplanes.

Der Kreis der Parteien, die der Reichskanzler zu den Besprechungen hinzuziehen wird, steht im einzelnen noch nicht endgültig fest. Es ist beabsichtigt, auch den Führer der NSDAP, Adolf Hitler zu einer solchen Besprechung aufzufordern. Zunächst wird jedoch sondiert werden, ob Hitler nach Berlin kommen wird, besonders da aus nationalsozialistischen Kreisen verlautet, die NSDAP lehne derartige Besprechungen ab. Das Berliner nationalsozialistische Organ, der „Angriff“, schreibt, die NSDAP könne nur dann an der Regierung teilnehmen, wenn ihr die Führung übertragen werde, d. h. wenn man Adolf Hitler mit der Kanzlerschaft betraue.

Wie wir in Ergänzung der amtlichen Mitteilung über den Empfang des Kanzlers beim Reichspräsidenten erfahren, werden die Besprechungen mit den Parteien um die Woche an der Hand beginnen. Ein genauer Termin aber steht bisher ebensowenig fest, wie der Kreis der in Frage kommenden Parteien. Das ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Unterredung Papen - Braun

Wie wir erfahren, richtete Reichskanzler von Papen an den preußischen Ministerpräsidenten Braun einen Brief, in dem er sich ihm für eine persönliche Aussprache über die Fragen zur Verfügung stellt, die in dem bekannten Schreiben Dr. Brauns an den Reichspräsidenten behandelt wurden. Der Reichspräsident hatte dieses Schreiben dem Reichskanzler zur Nachprüfung und Erledigung übermittelt. Der Kanzler hält es also für richtig, zunächst, falls auch Dr. Braun das Bedürfnis dafür hat, den Weg einer persönlichen Aussprache zu wählen.

Personalveränderungen in Preußen

In der Staatsministerialitzung der kommissarischen preußischen Staatsregierung sind, wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, folgende Personalveränderungen beschlossen worden:

Zum Vizepräsidenten des Polizeipräsidiums Berlin wurde der bisherige Regierungsdirektor Mosle ernannt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altena beauftragte Regierungsrat Fuchs wurde zum Landrat in Altena ernannt. Der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Habelschwerdt beauftragte Regierungsrat Dr. Pöppe wurde zum Landrat in Habelschwerdt ernannt. Der dem Landrat des Kreises Sensburg, Dr. Stange, erteilte Auftrag zur kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Einbeck wird auf seinen Antrag aufgehoben. Landrat Dr. Stange wird zum Oberregierungsrat bei der Regierung Köslin ernannt.

Englands Vorschläge zur deutschen Gleichberechtigungsforderung

Im Unterhaus fand am Donnerstag die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Staatssekretär des Außenwesens, Sir John Simon, verlas seinen Schluß seiner Ausführungen eine Erklärung.

Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben, regt die britische Regierung an, daß Hand an Hand mit einem fairen Entgegenkommen in Deutschlands Anspruch auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zustimmung vereinen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten unter sich durch Rückgriff auf Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen brächte für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich.

Ausgehend von der Annahme, daß eine solche Versicherung gegeben wird, wünsche ich, ganz deutlich die Ansicht zu erklären, die die Regierung bezüglich des Weges gefaßt hat, auf dem der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung erhoben werden soll. Drei große Punkte müssen erwogen werden:

1) Die Frage, ob die Beschränkung der deutschen Rüstungen in dem gleichen Dokument ausgedrückt werden sollte wie die Beschränkungen der Rüstungen anderer Nationen. Ich glaube, daß die Beschränkungen der deutschen Rüstungen in derselben Abrüstungskonvention enthalten sein sollten.

Das bedeutet, daß die Artikel 5 des Versailler Vertrages, die gegenwärtig Deutschlands Waffen und Streikkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt werden.

Der zweite Punkt betrifft die Dauer der Konvention. Wir sind der Ansicht, daß die neu ausgedrückten Beschränkungen für Deutschland die gleiche Zeit dauern sollen und den gleichen Methoden der Revision unterliegen sollen wie diejenigen anderer Länder.

Der dritte Punkt betrifft das Problem der Gleichberechtigung in der Frage der Kriegsmaterialien. Deutschland hat erklärt, es habe keine Absicht aufzurufen, sondern wünsche lediglich, daß grundsätzlich die Art der Rüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann muß dieses Prinzip anerkannt werden. England ist bereit, seine Bereitschaft zu erklären, in Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Abrüstungskonferenz darauf zu sehen, daß dieser Grundsatz in die neue Konvention einbezogen wird. Durch welche Mittel und in welchen Etappen dieser Grundsatz angewandt werden kann, muß Gegenstand von Aussprachen in Genf sein. Es ist absolut notwendig, daß Deutschland an diesen Diskussionen teilnimmt.

In der Zwischenzeit wolle er für die Regierung folgende zwei Punkte klarmachen: Erstens, das Ziel der Abrüstungskonferenz sei, ein Maximum positiver Abrüstung zu erreichen, auf das man sich allgemein einigen könne und nicht, im Namen der Gleichberechtigung Zunahmen in der bewaffneten Stärke zu autorisieren. Zweitens könne die volle Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung praktischerweise nicht auf einmal erreicht werden. Natürlich würden gleiche Grundsätze auf die Fälle von Oesterreich, Ungarn und Bulgarien angewandt werden.

Zum Schluß erklärte Simon, das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zu rufen zu bringen. Er hoffe, Ende der Woche in Genf zu sein; denn die Abrüstungskonferenz müsse so früh wie irgend möglich Belegenheit erhalten zu erfahren, welche Methoden und Verfahren die britische Regierung zur Ausarbeitung des französischen Planes vorschläge.

Bemüht sich
eine Wolf-
Bien. Auf
aus Karls-
g die Aber-

in!

ummen-
rdurch

Rehn.

durch
euten;
ndern

au.

lung

Freitag, den
ma: Warum
frei!

Geising.

Meilich

Max Roth.

49 M.

und 19 M.

80 M.

18 M.

8,50 M.

und 26 M.

7 M.

straße 3

beiten

bert aus

enberg

Ruffalien be

handlung

berg. Tel. 420